

SO NEU SIND SIE NICHT

- 1725 warnt eine Schrift vor der gefährlichen Schulbildung; das Landvolk würde die Lasten und Beschwerden seines Standes doppelt fühlen. Die Schulmeister werden insbesondere von den Gutsherren als lästige, ja gefährliche Eindringlinge in die "Idylle eines harmonischen Landlebens" bezeichnet und entsprechend behandelt.
- 1763 bestimmt das Generallandschulreglement, daß es Aufgabe der Lehrer ist, "in den Schulen geschicktere und bessere Untertanen bilden und erziehen zu können."
- 1794 warnt das allgemeine Landrecht "vorlaute" Lehrer und ermuntert "brave" Lehrer, indem es an Gehorsam und Treue gegenüber dem Staat erinnert.
- 1822 erklärt der König als seinen "ernstlichen Willen", daß die Lehrer, die an "demagogischen Bestrebungen" teilnehmen, nicht eingestellt bzw. hinausgeworfen werden.
- 1847 BERUFSSVERBOT FÜR DIESTERWEG wegen angeblicher demagogischer, sozialistisch-kommunistischer Tendenzen. (Heute sind unzählige Straßen und Schulen nach diesem Pädagogen benannt)
- 1848 erfolgt die genaue Anweisung zum gerichtlichen und disziplinarischen Vorgehen gegen "verirrte" Lehrer. Drohungen und Überwachungen wechseln mit dem Dank an Opportunisten und Denunzianten für die geleistete Unterstützung im Kampf gegen "anarchistische" Bestrebungen.
- 1849 tobt der König über die Lehrer: "All das Elend, das in den verflossenen Jahren über Preußen hereingebrochen ist, ist einzig ihre Schuld, die Schuld der Auf-
terbildung, die sie als echte Weisheit verbreiten, mit der sie den Glauben und die Treue in dem Gemüt meiner Untertanen ausrotten und deren Herzen von mir abgewendet haben. Diese pfauenhaft aufgespitzte Scheinbildung habe ich schon als Kronprinz aus innerster Seele gehaßt.
- 1850 Verbot der Teilnahme von Lehrern in solchen Vereinen, die dem Staat "feindselig" gegenüberstehen (wenige Jahre später -1854- Verbot der Beteiligung an der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung.)
- 1866 "In dem jüngsten Krieg hat der preußische Schulmeister den österreichischen Schulmeister besiegt" (1874 sprach ein frz. Abgeordneter einen ähnlichen Satz: "Der deutsche Lehrer hat uns geschlagen, am französischen ist es, unsere Revanche vorzubereiten"). Der König spricht dem Volksschullehrerstand "für die ihm geleistete Hilfe" öffentlich den Dank aus (übrigens kam 5 Jahre danach wiederum ein Dank an die Lehrer - von Bismarck.)
- 1878 spricht einer Verfügung der königlichen Regierung zu Düsseldorf (26.6.1878) für die Lehrer ein "Verbot der Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen" aus und weist darauf hin, "wie es, zumal bei der Tatsache, daß ein nicht unerheblicher Teil der Volksschulkinder aus sozialdemokratischen Familien stammt, durchaus notwendig ist, daß auch schon die Volksschule an ihrem Teil dazu mitwirken, daß der Ausbreitung dieser verderblich tendenz gewehrt werde".

1888 fordert der preußische Kultusminister eine Stärkung des religiösen Unterrichts (Religion als Mittel der Herrschaftssicherung), um "volkswirtschaftlichen Irrlehren" begegnen zu können.

1890 am 18.10. erscheint ein Ministerialerlaß, der die "Mitwirkung der Schule zur Verhinderung der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen" behandelt. Außerdem wird eine Unterweisung in den "elementaren Grundsätzen der Volkswirtschaft" fester Bestandteil in den Unterrichtsplänen der Lehrerseminare, damit die "Seminaristen befähigt werden, in ihrer späteren Amtstätigkeit, soweit dies durch die Schule möglich ist, vor dem Einfluß sozialdemokratischer Irrlehren und Entstellungen zu bewahren und über das zu belehren, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist".

1899 entschied das Oberverwaltungsgericht:
"Begünstigungen sozialdemokratischer Bestrebungen durch Beamte ist Verletzung der Amtspflicht".

1918 erfolgt ein Schuldbekenntnis eines Kreises revolutionärer Lehrer in Hamburg:

"Wir sind mitschuldig ... wir deutsche Lehrer wissen, in welche Not wir in unserem Volk kommen werden. Wir wollen sühnen."

1933 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums:
"Beamte, die nach bisheriger Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden" (§ 4).

1933 §2a (2) des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 20.7.1933:
"Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen und sozialdemokratischen) Sinne betätigen".

1950 am 19.9.: Beschluß der Bundesregierung, Angehörige der KPD sowie ihrer Unterorganisationen aus dem Dienst zu entlassen.

1972 Beschluß der Innenminister und der Ministerpräsidenten der Länder vom 27./18.1.

1973 Prof. Einstein beispielsweise erhielt heute in der BRD keinen Lehrstuhl

Schon damals: Berufsverbot wegen Verfassungstreue

Die Göttinger Sieben

Bezeichnung für 7 Professoren der Göttinger Universität, die gegen die willkürliche Beseitigung der 1833 im Königreich Hannover eingeführten Verfassung durch den im Juni auf den Thron gelangten König Ernst August Protest einlegten. Am 18. Nov. 1837 erklärten die Historiker Friedrich Christoph Dahlmann und Georg Gottfried Gervinus, die Germanisten Jacob und Wilhelm Grimm, der Staatsrechtler Wilhelm Weber, der Sprachwissenschaftler Georg Heinrich Ewald und der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht den Staatsstreich des Königs von Hannover vom 1. Nov. als widerrechtlichen Akt und ihren auf die Verfassung geleisteten Eid als weiterhin gültig. Sie wurden daraufhin am 11. Dez. entlassen. Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm wurden wegen Mithilfe bei der Veröffentlichung der Protestaktion des Landes verwiesen. Die mutige Handlung der Professoren fand eine breite und leidenschaftliche Zustimmung in Dtschl.; überall wurden Unterstützungskomitees gegründet und Sympathieadressen abgefaßt. Der Bundestag (→ Bundesverfassung) erklärte dagegen 1839 den Staatsstreich für rechtsgültig.

Sachwörterbuch der Geschichte
Bd. 1, S. 724f., Berlin 1969